

Nr.: 188/2018

■ **Dezernat** V - Soziales & Jugend 01.08.2018
■ **Fachbereich** Stabsstelle Controlling & Koordination
■ **Verfasser/-in** Gunnemann, Gerlinde
■ **Telefon** 07621 410-5011

Beratungsfolge	Status	Datum
Jugendhilfeausschuss	öffentlich	12.09.2018

Tagesordnungspunkt

Sachstand Sozialstrategie

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt 7 Jugend und Familie

■ Sachverhalt

1. Sachstand Sozialstrategie

Ergänzend zum laufenden Geschäft des Sozialdezernats wurden im Jahr 2012 insgesamt 25 Projekte von der Prognos AG empfohlen und vom Kreistag beschlossenen, die mittelfristig auf die Höhe des Zuschussbedarfs hinwirken sollen.

Zwei Mal jährlich wird innerhalb des Lenkungsausschusses Sozialstrategie ausführlich über den Umsetzungsgrad der Projekte zur Sozialstrategie berichtet und diskutiert. Als Instrument des Controllings wurden alle Visionen und Projekte mit Kennzahlen hinterlegt, die jährlich erfasst und in einem Kennzahlenbericht aufbereitet werden. Dieser ist in der Anlage beigefügt.

Im Rahmen einer Bewertung wurden folgende spezifische Kennzahlen als Rahmen-Kennzahlen ausgewählt:

- Die Zahl der familienersetzenden Hilfen ist weiter gesunken; das ist eine positive und beabsichtigte Entwicklung.
- Die durchschnittliche Helfedauer in familienersetzenden Hilfen (Heimerziehung) ist auf gut 22 Monate gestiegen; eine durchschnittlich 24-monatige Heimerziehung ist als nachhaltige Helfedauer angestrebt.
- Die SGB II-Quote des Landkreises verzeichnet seit 2012 einen guten Verlauf und unterschreitet weiterhin den Landesdurchschnitt.
- Die Ambulantisierungsquote (Wohnformen ambulant vor stationär für Menschen mit Behinderung, EGH) weist weiterhin eine positive Entwicklung auf, die seit 2014 sogar leicht über dem Landesdurchschnitt liegt.
- Der Ambulantisierungsgrad (Anzahl der ambulanten Fälle im Verhältnis zu den stationären Fällen der Hilfe zur Pflege) steigt seit 2012 kontinuierlich.
- Der Zuschussbedarf zur stationären Hilfe zur Pflege liegt trotz aller Anstrengungen weiterhin über dem Landesdurchschnitt. Aus Sicht des KVJS, der die Statistik führt, lassen sich keine konkreten Erklärungen für die hohen Ausgaben in der stationären Hilfe zur Pflege erkennen. Dies soll im Rahmen der Fortschreibung der Sozialstrategie daher eingehend analysiert werden.
- Hinsichtlich des Landesvergleichs zu den Sozialhilfe-Nettoausgaben je Einwohner/-in kann z.Zt. noch keine Aussage getroffen werden, da die Zahlen für 2016 bislang nicht veröffentlicht sind. In den vorhergehenden Jahren lag der Landkreis Lörrach jedoch unter dem Landesschnitt.

2. Aktueller Sachstand zu Projekten und Maßnahmen (nach Zielgruppen gegliedert)

2.1. Projekte und Maßnahmen mit Ausrichtung auf die Zielgruppe: Kinder und Familie, Jugendliche und junge Erwachsene

AIB: Einführung von Ambulanter Intensiver Betreuung (Projekt 02 der Sozialstrategie)

Die Umsetzung der Maßnahme verlief bis Juni 2018 weiterhin zufriedenstellend. Zwar bleibt die Anzahl der Teilnehmer/-innen am Programm unter den Zielvorgaben von 32 zurück; die Gesamtbilanz wird jedoch insgesamt als positiv bewertet. So waren zum Ende des vergangenen Jahres 15 Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren im Programm, von denen jede/-r Einzelne mit Problemen in der schulischen Situation oder Schwierigkeiten in Ausbildung oder Beruf (77%), mit Delinquenz (69%), einer zerrütteten Familiensituation (62%), Suchtproblematik oder "psychische Erkrankung bzw. Abweichung von der seelischen Gesundheit" (je 54%), mit Wohnungslosigkeit oder Verschuldung (je 15%) zu kämpfen hatte.

Im ersten Halbjahr 2018 sind 4 neue Jugendliche hinzugekommen, mit denen über einen Zeitraum von 2 Monaten ein Kontakt aufgebaut wird und zum Ende eine Zielvereinbarung abgeschlossen wird. 2 Jugendliche befinden sich in der ca. 3 Monate andauernden Intensivphase, in der die Ziele gemeinsame mit den Mitarbeiter/-innen der Michaelsgemeinschaft bearbeitet werden und ein Unterstützungsnetzwerk aus privaten und institutionellen Netzwerkpartnern aufgebaut wird.

Mit 7 Jugendlichen wurde die Zusammenarbeit abgeschlossen, wobei sich 2 davon in der Kontrollphase befinden, in der während der kommenden 6 - 18 Monate immer wieder Kontakt zu den Jugendlichen gesucht wird, um ihnen im Krisenfall auf dem Weg ins Hilfenetz erneut zur Seite zu stehen. 2 Jugendliche konnten in andere Hilfen vermittelt werden, 3 brachen die Zusammenarbeit ab.

Bezüglich der bisherigen Bilanz und der Formulierung der Zielvorgaben ist in Kürze ein weiteres Trägergespräch vorgesehen.

Familienpatenschaften (Projekt 04 der Sozialstrategie)

Die Maßnahme wurde ins laufende Geschäft als dauerhaftes Angebot überführt. Familien mit Kindern zwischen 0 und 3 Jahren mit besonderen oder auch mehrfachen Risikofaktoren können sich beim Kinderschutzbund über die Möglichkeiten eines ehrenamtlichen Familienpaten informieren oder werden über die Fachstelle Frühe Hilfen vermittelt.

Sobald ein Patenschaftsverhältnis eingegangen werden soll, wird eine „Dreiecks-Unterstützungsvereinbarung“ der Fachstelle mit dem Kinderschutzbund und den Unterstützungsempfängern geschlossen.

Die Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Familienpaten erfolgt durch den Kinderschutzbund Schopfheim. Im Jahr 2017 konnten 12 bürgerschaftlich Engagierte neu geschult und für die Betreuung der Familien gewonnen werden; 6 weitere hatten bis Februar 2018 die Schulung abgeschlossen.

Die Anzahl der aktiven Ehrenamtlichen zum Stichtag 31.12. fiel von 42 in 2016 auf 37 in 2017; die Zahl der betreuten Familien blieb jedoch mit 51 betreuten Familien konstant. Im Rahmen eines Trägergesprächs wurde deutlich, dass die Schulungen aufgrund von Personalwechsel nicht durchgeführt werden konnten, aktuell weitere 13 Paten zum jetzigen Zeitpunkt mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit pausieren, aber im „Hintergrund“ zur Verfügung stehen.

Der Bedarf an weiteren Familienpaten ist grundsätzlich weiter vorhanden, die Zielvorgabe von 18 zu schulenden neuen Paten sowie 40 – 45 aktiven Pat/-innen erscheint daher erreichbar und wird beibehalten.

Verstärkte Akquise von Pflegefamilien (Projekt 11 der Sozialstrategie)

Die Neuorganisation des Pflege- und Adoptivkinderdienstes erfolgte zum 1.7.2014. Seit dem 1.8.2016 ist die Teamleitung mit einer 80%-Stelle besetzt. Mit der Neuorganisation des Dienstes konnte die Betreuung und Begleitung der Pflegefamilien vertieft und als direkte Auswirkung die Anzahl der Beschwerden hinsichtlich der Betreuung bei den Pflegefamilien gesenkt werden.

Auch im Jahr 2017 wurde die Suche nach Vollzeitpflegeeltern intensiv verstärkt angegangen; so wurden drei Presseartikel veröffentlicht, ein Pressegespräch geführt, eine Infoveranstaltung für interessierte Eltern durchgeführt und mehr als 100 Flyer per Infopost versandt.

Insgesamt fanden fast 70 Erst-, Einzelgespräche und Hausbesuche statt, um potenzielle Pflegeeltern zu akquirieren. Die Interessierten wurden informiert, deren Eignung geprüft und die dabei begleitet, die richtige Entscheidung für ihre Familie und den neuen Lebensort der Kinder und Jugendlichen zu finden. 10 Elternpaare konnten das Vorbereitungsseminar und Prüfverfahren erfolgreich abschließen und standen als Pflegefamilie für Vollzeitpflege und Bereitschaftspflege neu zur Verfügung; dies sind doppelt so viele Neuzugänge als in den Vorjahren.

Im Verlauf des Jahres 2017 wurden insgesamt 97 neue Anfragen auf Vermittlung an das Team gerichtet. Die Hälfte der Kinder waren bis zu 6 Jahre alt; knapp ein Drittel war zwischen 11 und 15 Jahren.

Für 18 Kinder wurde eine Vollzeitpflegestelle gesucht, für alle anderen eine Bereitschafts- oder Kurzzeitpflege. Bei den Anfragen für Vollzeitpflegeplätze erfolgte in 7 Fällen eine erfolgreiche Vermittlung. Von den verbleibenden 11 Anfragen für Vollzeitpflege, die nicht zu einer Belegung führten, war in 4 Fällen die Vermittlung zum Stichtag noch offen, in drei Fällen wurde die Anfrage zurückgezogen und für 3 Kinder konnte aufgrund des hohen Pflegebedarfs keine geeignete Familie gefunden werden. Kinder, für die kein Vollzeitpflegeplatz zur Verfügung stand, sind in einer Bereitschaftspflegefamilie (BPF) untergekommen und bleiben dort mitunter 1 bis 1,5 Jahre. Die Dauerbelegung der BPF blockiert jedoch die Vermittlung weiter Kinder in diese An dieser Situation muss weiter gearbeitet werden. .

Ausbau von betreutem Wohnen (Projekt 15 der Sozialstrategie)

Der Ausbau des betreuten Wohnens (Wohnen in der 2er Gruppe) auf 19 Plätze ist erfolgt.

Ab 2018 wird das Projekt dahingehend weiterentwickelt, dass die Erfahrungen aus der Praxis zusammen mit den Trägern und der Dualen Hochschule in Villingen-Schwenningen in ein Gesamtkonzept überführt werden. Hierbei wird es darum gehen, die Übergänge für Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr von der vollstationären Heimerziehung in unterschiedliche Formen des betreuten Wohnens optimal zu gestalten.

Begleitet von der Arbeitsgruppe „Familie und Jugend“, einem Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses sollen Qualitätsstandards und Strukturen für die Gestaltung von Konzepten zur Verselbstständigung entwickelt, in verschiedenen Einrichtungen implementiert und evaluiert werden.

Vermittlungsplattform und Praktikumsplattform (Projekte 13 u. 17 der Sozialstrategie)

Aus Sicht der Fachkräfteallianz in der u.a. die Arbeitsagentur, die Handwerkskammer, die Industrie- und Handelskammer sowie die Wirtschaftsregion Südwest vertreten sind wurde in 2016 empfohlen die Projektvorschläge nicht weiter zu verfolgen, da entsprechende Maßnahmen ausreichend vorhanden sind.

Elterntreffs (Projekt 18 der Sozialstrategie)

Ziel der Maßnahme im Rahmen der Sozialstrategie ist es, niederschwellige Beratungsmöglichkeiten für Eltern anzubieten, die von den bisherigen Angeboten nicht erreicht werden, bei denen aber durch ihre besonderen und/oder mehrfachen Belastungsfaktoren von einem erhöhten Beratungsbedarf auszugehen ist. Die Angebote sind eine präventive Maßnahme zur niederschweligen Unterstützung von Familien, in denen Kinder aufwachsen

Zwischen 2014 und 2016 wurden wöchentliche Elterntreffs durch 4 Träger an bis zu 12 Standorten im Landkreis umgesetzt. Die angestrebte Wirkung, die schwer erreichbare Zielgruppe zu einer regelmäßigen Teilnahme am Austausch mit anderen Eltern zu bewegen, wurde nur an den Standorten Maulburg (mit durchschnittlich 5,3 Teilnehmer/-innen) Zell (3,6 TN), Rheinfeldern (2,9 TN) sowie Lörrach-Nordstadt (2,2 TN) erfüllt. Aus Sicht des Lenkungsausschusses reichten diese Ergebnisse nicht aus, um eine generelle Fortsetzung des Projektes zu rechtfertigen. Allerdings bestand Einigkeit darüber, dass die verfolgte Zielsetzung weiter eine hohe Priorität hat. Die Verwaltung wurde deshalb damit beauftragt, das Konzept zu überarbeiten und dazu ein Gespräch mit allen Trägern zu führen. Danach wurde von der Verwaltung eine Neukonzeption erarbeitet.

Auch im Rahmen dieser Neukonzeption, die im April vom Lenkungsausschuss beschlossen wurde, geht es grundsätzlich darum, Eltern, mit besonderen und mehrfachen Belastungsfaktoren, die sich noch nicht im Hilfesystem befinden (jedoch potenziell davon betroffen sein könnten) so früh wie möglich zu erreichen. Ziel ist es, diesen Eltern in besonders niederschwelliger Form Erziehungskompetenz zu vermitteln. Im Vordergrund steht dabei herauszufinden, durch was sich diese Eltern ansprechen lassen, was sie dazu bewegt, zu Treffen zu kommen, was sie veranlasst, einen Kontakt „zu halten“ und wie ein Zugang zu gestalten ist, der dies ermöglicht.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass dies an den unterschiedlichen Standorten im Landkreis auch unterschiedlich zu gestalten ist. Bis zum Ende des Projektzeitraums (2018 – 2019) sollen daher verschiedene Ansätze an verschiedenen Standorten im Landkreis durchgeführt und evaluiert werden. Hierbei werden unterschiedliche Konzepte zugelassen, es darf und soll „experimentiert“ werden, um eine größere Anzahl an Eltern der spezifischen Zielgruppe an einem bestehenden Treff zu erreichen oder zu überprüfen, ob ein einmaliger Kontakt im Rahmen der Familienbesuche bereits als Beziehungsaufbau ausreichen kann, um den Eltern den Zugang zum vorhandenen Angebot zu erleichtern, ob ein neuer Andockpunkt an einem bestehendem Kita Plus Standort angesiedelt werden kann oder einen weiteren zusätzlichen Standort einzurichten ist.

2.2. Projekte und Maßnahmen mit Ausrichtung auf die Zielgruppe: externe Kooperationspartner/-innen

Kita Plus (Projekt 03 der Sozialstrategie)

Um ein gemeinsames strategisches Vorgehen für Maßnahmen sicherzustellen, die sich von Seiten des Landkreises an Kindertageseinrichtungen wenden, wurden die Projekte unter dem Dach der „Knotenpunkte frühkindliche Bildung“ zusammengeführt. Hierzu zählen Angebote im Bereich „Kita Plus“, der Bildungsregion und des Förderprogramm zur „Qualitätssteigerung in Kindertageseinrichtungen“. Auf diese Weise sind ein kontinuierlicher Informationsaustausch und eine inhaltliche Abstimmung möglich, und Doppelstrukturen werden vermieden.

Der Kita Plus Ansatz konnte an zwei Standorten sehr gut weiter entwickelt werden. Die Einrichtungen sind hier auf einem sehr guten Weg, ihre Mitarbeiter/-innen regelmäßig und intensiv fortzubilden, Kooperationen mit Beratungsstellen zu installieren, Sprachförderung und Elternarbeit auszubauen, sowie spezifische Angebote für die Kinder ihrer Einrichtung bzw. ihres Standortes standardmäßig anzubieten. Auffällig war hier außerdem, dass Träger und Leitung eng zusammenarbeiteten, hinter dem Projekt standen und auch das Team sehr gut involviert war.

Standorte, wo mehrere Einrichtungen unterschiedlicher Träger einen gemeinsamen Verbund eingegangen sind, um Kita Plus umzusetzen stehen auch weiterhin vor großen Herausforderungen. Zwar ist es einzelnen Einrichtungen aufgrund des Engagements von Träger, Leitung und Team gelungen, die Qualitätsstandards auszubauen und Kooperationen zu etablieren, es besteht aber weiterhin ein hoher Begleitungsaufwand.

Als schwierig erweisen sich auch im vergangenen Zeitraum immer wieder Personalmangel, krankheitsbedingter Personalausfall in den Kitas, sowie Leitungswechsel und fehlende räumliche Ressourcen.

An einem Standort führt die geringe Identifikation mit dem Programm zu einer ausgesprochen schleppenden Umsetzung.

Präventionsketten (Projekt 05 der Sozialstrategie)

Durch die Stellenvakanz ab August 2016 mussten die operative Projektarbeit im Bereich Kita Plus zunächst umgeschichtet werden. In Zusammenarbeit mit den Maßnahmen der Bildungsregion und der Fachberatung Kindertageseinrichtungen konnten die Aktivitäten des Netzwerks „Kita Plus vor Ort“ fortgesetzt werden.

Die Stelle wird in Kürze mit den eingeplanten 0,5 VZÄ wieder besetzt. Schwerpunkte der Tätigkeit soll die Schaffung von Präventions-Netzwerken sein: dies zum einen ganz konkret durch Umsetzung der Ansätze der Projekt 3 und 24 der Sozialstrategie, zum anderen aber auch durch die Fortentwicklung der konzeptionellen Präventionsarbeit für den Landkreis.

Die diesbezügliche Stellenausschreibung und Personalauswahl hat im Juli 2018 stattgefunden.

Sicherstellen der Kinderbetreuung (Projekt 10 der Sozialstrategie)

Die Schnittstelle zwischen Jobcenter und Jugendhilfeplanung/Fachberatung Kinderbetreuung wurde mit Hilfe eines Erhebungsbogens so standardisiert, dass Problemfälle klar beschrieben und schneller gelöst werden können. Bedingt durch den ausgeweiteten Rechtsanspruch und die sukzessive Ausweitung des Betreuungsangebots stieg die Anzahl der Fälle für die individuelle Lösungen gesucht werden mussten von 6 (in 2015) über 15 (in 2016) auf 21 (in 2017) an.

Bislang konnten für alle Anfragen des Jobcenters Lösungen gefunden werden, wobei 57% der Fälle in 2017 Kinder betrafen, die das Kindergartenalter bereits erreicht hatten. Zur Lösung der Fälle trug vor allem bei, dass die aufwändige Recherche und Überzeugungsarbeit durch eine Mitarbeiterin erfolgen konnte, die als sogenannter „Überhang“ dem Fachbereich zusätzlich zur Verfügung stand.

Im ersten Halbjahr 2018 liegen allein von Seiten des Jobcenters 14 Anfragen vor, darüber hinaus noch 5 weitere von Gemeinden.

Förderung von Bildungs- und Ausbildungspatenschaften (Projekt 21 der Sozialstrategie)

Seit Dezember 2016 ist die Stelle beim Kreisjugendreferat neu besetzt; für die Projektumsetzung stehen daher wie vorgesehen 0,2 VZÄ zur Verfügung.

Mit Hilfe von Pressemitteilungen, Briefen an pensionierte Lehrer/-innen und dem Versand von Flyern wurde an den jeweiligen Schulstandorten auf das Projekt aufmerksam gemacht; außerdem wurde das Projekt in der Projekt- und Mitmachbörse für Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis Lörrach veröffentlicht. Durch jährlich Austauschtreffen und Fortbildungen wird versucht, das Engagement der aktiven Lernbegleiter/-innen zu unterstützen und für die Lernbegleitung fit zu machen.

Bei der nach Schuljahresende im Sommer 2017 durchgeführten Befragung profitierten fast alle Schülerinnen und Schüler von der Unterstützung; sie konnten sich im Schnitt um eine halbe bis ganze Note verbessern. Auch aus Sicht der Lehrer/-innen waren Wirkungen erkennbar: so beteiligten sich die begleiteten Schüler/-innen verstärkt am Unterricht, einige erschienen selbstbewusster und sicherer in der Bearbeitung von Aufgaben und der größte Teil konnte neue Lernstrategien entwickeln.

Im Schuljahr 2017/2018 waren an den vier Schulen (Gemeinschaftsschule Weil am Rhein, Friedrich-Ebert-Schule Schopfheim, Schillerschule Rheinfelden und der Neumattschule Lörrach insgesamt 12 Lernbegleiter/-innen tätig, die mit Stand März insgesamt 22 Schüler/-innen begleiteten. Im kommenden Schuljahr soll die Gewinnung der ehrenamtlichen Lernbegleiter/-innen deutlich gesteigert werden. Die anvisierte Zielmarke liegt bei 20 (wie bei der Betreuung der Ehrenamtlichen in anderen Projekten) bis zu 50 Ehrenamtlichen, da auch eine engere Begleitung der Ehrenamtlichen durch Schule bzw. Schulsozialarbeit erfolgen soll.

Einrichtung und Förderung integrierter Hilfen (Projekt 24 der Sozialstrategie)

Die Umsetzung der Maßnahme soll – wie von Prognos vorgesehen – zunächst an den Kita Plus Standorten erfolgen. Im Rahmen des Netzwerktreffens der Kita Plus Einrichtungen wurden die beteiligten Kitas zum Thema Inklusion befragt. Die Erfahrungsberichte decken sich mit den Ergebnissen der Strategie-Werkstatt Inklusion. Um die Eltern mit ins Boot zu holen, ohne die eine Frühförderung der Kinder (vor der Feststellung einer Behinderung), nicht möglich ist, muss eine intensive Beratung der Eltern erfolgen. Von Seiten der Eltern ist hierbei eine höhere Akzeptanz für den kindlichen Förderbedarf festzustellen, wenn er durch Fachleute (Ärzte, Heilpädagogen u.a.) ausgesprochen wird.

Das Projekt ist im Bereich der präventiven Maßnahmen anzusiedeln; es setzt vor der Feststellung einer wesentlichen Behinderung an. Mit Hilfe der Fachkraft sollen zusammen mit der Kita Wege ausprobiert und evaluiert werden, wie diese Eltern besser erreicht werden

können, so dass sie die vorhandenen Angebote nutzen. Darüber hinaus soll auch die Möglichkeit bestehen, niederschwellige Angebote in der Kita durchzuführen, die den Kindern selber helfen und über diese positiven Erfahrungen auch den Eltern den Weg ins Hilfesystem eröffnen. Diese Unterstützung soll sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können.

2.3. Projekte und Maßnahmen zur Verbesserung von Strukturen und Prozessen

Wirkungscontrolling (Projekt 08 der Sozialstrategie)

Nach einer umfangreichen Schulung der Mitarbeiter/-innen und einer Testphase von Diagnostikbögen und Formulierung der exakten Ergebnisziele in den Hilfeplänen wurden die neuen Instrumente ab März 2016 verbindlich eingeführt und sind mittlerweile gesetzter Standard in allen Teams des Sozialen Dienstes.

Um die Wirkungen messbar zu machen bzw. Zeitreihen abzubilden wurden alle im Fachbereich entwickelten und regelmäßig erhobenen Grund- und Kennzahlen zusammengestellt. Durch die Umstellung von Prosoz 14+ auf das Fachprogramm open Web FM und die Einführung der Software-Modul Chrystal können diese dann regelmäßig abgerufen werden.

Voraussetzung hierfür ist die regelmäßige Schulung der Mitarbeiter/-innen sowie der Import bzw. die Neueingabe der jeweiligen Fälle. Die Sicherstellung der Datenqualität und ihrer Vollständigkeit muss außerdem über einen Programmbetreuer (0,5 VZÄ) gewährleistet sein, der ab August 2018 die Projektkoordination zur Einführung der Fachprogramme übernommen hat.

Qualitätshandbücher (Projekt 22 der Sozialstrategie)

Mit Unterstützung der Firma „INSO“ wurden alle Arbeitsprozesse der sozialen Dienste erneut aktualisiert. Alle Aufgabenstellungen wurden in Arbeitsschritte zerlegt und mit Arbeitszeitanteilen verknüpft. Auf diese Weise kann der jeweilige Personalbedarf präzise hinterlegt werden. So ist beispielsweise klar geregelt, wie viele Beratungsgespräche bei Erziehungsfragen im Durchschnitt erfolgen, oder an welcher Stelle welcher Schritt zu Beginn einer „Hilfe zur Erziehung“ erfolgt und wann welche Dokumente zu bearbeiten und zu hinterlegen sind.

Ziel war es, ein Qualitätshandbuch für alle Aufgaben des zu SD zu erarbeiten, das im Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung von 13.6.2018 vorgestellt wurde.

Aktuell wurde ein Projekt zur Strukturierung und Ermittlung von Qualitätsstandards vollstationärer Hilfen gem. §34 im Landkreis Lörrach vom Jugendhilfeausschluss beschlossen. Der Start-Workshop ist am 23.7.2017 unter Beteiligung der Steuerungsgruppe des Jugendhilfeausschusses erfolgt.

Darüber hinaus werden im Rahmen eines Studienprojektes zusammen mit der AG Heime die Qualitätsentwicklungsvereinbarungen (QEV) nach § 78b I Nr.3 SGB VIII zwischen dem öffentlichen und den freien Jugendhilfeträgern überarbeitet sowie geeignete Maßnahmen zur Evaluation der Jugendhilfemaßnahmen vereinbart, sowie Maßnahmen zu deren Umsetzung beschlossen.

3. Fazit zum Umsetzungsstand der Maßnahmen zur Sozialstrategie

25 Maßnahmen:

- Acht Maßnahmen waren so erfolgreich, dass sie ins laufende Geschäft übernommen werden konnten und dauerhaft zur Verfügung stehen (Familienpatenschaften, Steuerungsfachkraft Pflege, Ausbau Gehstrukturen durch den ehrenamtliche Besuchsdiensts des iPunkts, Ausbau von betreutem Wohnen, Sicherstellung Kinderbetreuung u.a.). Trotzdem kann sich ein Nachsteuerungsbedarf ergeben, der durch die Erhebung der jährlichen Kennzahlen weiter verfolgt wird (z.B. Ausbau qualifizierender Angebote, Fallmanager U25)
- Neun Maßnahmen laufen noch als „Projekt“ und werden - sofern notwendig - in ihrer Umsetzung laufend angepasst, bevor sie nach einer abschließenden Überprüfung die Entscheidung getroffen wird, ob sie ins laufende Geschäft übernommen werden sollen.
- Bei drei Maßnahmen wurde nach der Projektphase entschieden, diese nicht ins laufende Geschäft zu übernehmen, da sie nicht erfolgsversprechend sind (Schweiz aktiv einbeziehen, Familiencoaching u.a.).
- Bei zwei Maßnahmen wurde empfohlen, diese nicht in die Projektphase zu übernehmen, da es schon Lösungen im Landkreis gibt und somit Doppelstrukturen entstehen würden (Ausbildungs- sowie Praktikumsplattform).
- Die Umsetzung von drei Maßnahmen wird in diesem Jahr intensiviert, da hierfür die Besetzung der eingeplanten Personalstelle/Projektkoordination erforderlich war (Präventionsnetzwerke, Integrierte Hilfen, Elterntreff).

Insgesamt kann bezüglich des Vorgehens zur Sozialstrategie eine positive Bilanz gezogen werden: Die Prozessgestaltung zur Entwicklung einer Strategie durch eine erfahrene Beraterfirma, die Einbeziehung der Fachleute in die Entwicklung der Strategie, die Ausarbeitung von konkreten Maßnahmen mit einer Schätzung der erforderlichen Sachkosten und Personalressourcen, sowie die abschließende Beschlussfassung durch die politischen Gremien haben sich bewährt.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen und ihrer Überführung in Projekte zeigte sich dann, ob, in welcher Form und in welchem Umfang die einzelnen Ansätze erfolgreich waren, angepasst werden mussten oder beendet und abgeschlossen werden können.

Für die Entwicklung der Rahmen-Kennzahlen und den Zuschussbedarf bei den Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen spielen selbstverständlich weitaus mehr Faktoren eine Rolle: sie können zum Teil durch das laufende Geschäft des Landkreises beeinflusst werden, bei vielen Themen sind aber auch andere Akteure und/oder gesellschaftliche bzw. gesetzliche Veränderungen maßgebend.

Eine Fortschreibung der Sozialstrategie, welche die veränderten Bedingungen durch die Flüchtlingszuwanderung sowie die umfassenden gesetzlichen Veränderungen der letzten Jahre in den Blick nimmt, Bilanz zieht und die weitere Etappen skizziert, ist daher unumgänglich.

Ein Beschluss zur Fortschreibung wurde am 18.07.2018 vom Kreistag bereits gefasst.

Marion Dammann
Landrätin

Elke Zimmermann-Fiscella
Dezernentin für Soziales & Jugend

- Anlagen:
 - Kennzahlenbericht